

Politische Rundschau. Deutschland.

* Ein Berliner Blatt läßt sich aus Konstantinopel melden, in türkischen Kreisen wolle man wissen, daß der deutsche Kaiser die Absicht bekäme, Jerusalem zu besuchen, um der Einweihung der dortigen neuen protestantischen Kirche beizuwohnen. Der Kaiser würde von dem Präbidenten des Evangelischen Oberkirchenrats, Herrn Barkhausen, begleitet werden. Bei dieser Gelegenheit dürfte Kaiser Wilhelm eine Einladung des Chebede zum Besuch Kairos erhalten und annehmen. Im Falle der Behinderung des Kaisers soll Prinz Heinrich kommen. (Die Wichtigkeit der Meldung bleibt natürlich dahingestellt.)

* Oberst Liebert ist nunmehr definitiv zum Gouverneur von Ostafrika ernannt worden.

* Major v. Wismann ist, wie die Post hört, zur Disposition des Reichsfanzlers gestellt worden mit der Absicht, seine Dienste der Kolonialverwaltung in Berlin zu erhalten.

* Die Münchener Allgem. Ztg. schreibt: „Zahlreiche Blätter bringen fortwährend Mitteilungen über die Stellung der bayrischen Regierung zu dem Entwurf der Militärstrafprozess-Ordnung für das Deutsche Reich. Wir sind in der Lage, alle diese Mitteilungen als bloße Kombinationen zu bezeichnen, da die Feststellung der Instruktionen für die Vertretung Bayerns im Bundesrat erst noch bevorsteht und unter diesen Umständen von Verhandlungen oder auch nur verbindlichen Besprechungen über die Stellungnahme Bayerns bisher noch nicht die Rede sein konnte. Die Behandlung dieses Gegenstandes in der Presse übertrifft überhaupt zur Zeit jeder verlässlichen Grundlage, da der Entwurf der Strafprozess-Ordnung noch nicht öffentlich bekannt gegeben, sondern lediglich den Regierungen vertraulich mitgeteilt worden ist.“

* Die Verwendung des Fahrrades im Seeer soll weitere Ausdehnung erfahren. Nachdem Infanterie und Jäger mit Fahrrädern ausgestattet sind und sich die Mahnmaße dort bewährt hat, soll sie auf die Pionierbataillone und die Militär-Telegraphenschule ausgedehnt werden.

Oesterreich-Ungarn.

* Das österreichische Abgeordnetenhaus bewilligte 1200 000 Gulden für Beschaffung der Pariser Welt-Ausstellung von 1900 und beschloß, die Regierung zu veranlassen, auf Anbahnung von Schiedsgerichten bei internationalen Differenzen hinzuwirken.

Frankreich.

* Die Meldung eines Gegenbesuchs des Präsidenten Felix Faure in Petersburg wird nunmehr bestätigt; der Zeitpunkt ist jedoch noch nicht festgesetzt, derselbe hängt von den Besuchen ab, welchen die Kaiser von Oesterreich und Deutschland dem russischen Hofe abstatten werden. In parlamentarischen Kreisen herrscht die Meinung, daß es nicht notwendig sei, während der Abwesenheit des Präsidenten gleichfalls für dessen Vertretung Sürsorge zu treffen. Der Präsident bleibt auch während der Reise Ober des Staates und kann in der ihm geeigneten Weise Regierungsakte vollziehen und die notwendigen Unterschriften abgeben.

Italien.

* Der gleichfalls in A b e s s i n i e n gefangen gehaltene General Albertoni wird erst mit der letzten Abteilung der italienischen Gefangenen nach Italien zurückkehren. Die englische Regierung hat den Auftrag gegeben, den Transport der Gefangenen für die Fahrt von Zeila nach Italien in jeder möglichen Weise zu erleichtern, und hat dem Major Verazzini für diesen Zweck ein Schiff zur Verfügung stellen lassen.

* Der italienische Generalkonsul Cecchi, die Kapitane der italienischen Kriegsschiffe „Volturno“ und „Staffetta“ sowie etwa sechs Offiziere wurden durch Somalis in Magadago (Mudschu) getötet. Auch wurden 100 Mann verwundet. — Der Ort auch

Magadago und Mudschu geschrieben oder gesprochen, ist eine Araberstadt an der Küste, an der Mündung des Webb. Was die italienischen Kriegsschiffe dort vorhaben, aus welchem Grunde an der unwirtlichen Küste ein Generalkonsul und ein anscheinend beträchtliches Detachement gelandet worden sind, wie der Zusammenstoß oder Vermutlich der Ueberfall sich zugegetragen, ist noch völlig unauflösbar.

Belgien.

* Der König Leopold erhielt ein Schreiben des Kaisers von China, worin dieser für den Empfang Li-Hung-Schangs dankt und die Errichtung mehrerer chinesischer Konsulate in Belgien ankündigt.

Dänemark.

* Im dänischen Folketing kam am Donnerstag die Interpellation der Linken betreffs Aufrechterhaltung der Neutralität Dänemarks zur Besprechung. Der Ministerpräsident erklärte die Gerichte hinsichtlich eines Geheimabkommens mit Rußland für unbegründet. Im Einvernehmen mit der Regierung nahm das Haus eine Tagesordnung zu Gunsten eines stets neutralen Verhaltens Dänemarks einstimmig an.

Spanien.

* Eine Depesche aus Madrid geleht die überraschende Thatsache zu, daß die cubanischen Insurgenten wieder bis vor die Thore der Hauptstadt den „siegenden“ Regimentsgruppen nachgerückt sind. Das Telegramm lautet: Eine kleine Abteilung Aufständischer griff das Dorf Guanabaca in der Nähe von Havana an, wurde aber mit Verlusten zurückgeschlagen.

Balkanstaaten.

* In Konstantinopel dauern die Verhandlungen fort. Dieselben sind meistens erfolglos, weil im Besitze der Verhafteten jung-türkische Blätter gefunden wurden, oder weil die Verhafteten ihrer Unzufriedenheit mit der Regierung Ausdruck gegeben hatten. Die Unzufriedenheit scheint ihre Hauptursache in Gehaltsrückständen zu haben.

* Der Rücktritt des rumänischen Ministeriums Sturdza ist ziemlich überraschend gekommen. Den Anstoß hat nach den vorliegenden Berichten die Metropolitentage gegeben. Metropolit Stenabie war im vorigen Jahre vom Synod abgesetzt und ins Kloster gebracht worden, man hatte ihn jede Verurteilung unmöglich gemacht und die Staatsgewalt hatte dieser Willkür gegenüber geschwiegen, sie hatte Stenabie nicht erlaubt, einen Prozeß anzuklagen. Diese Metropolitentage geschick agitorisch auszunutzen verstanden, es kam in Bukarest zu Demonstrationen, die immer mehr zu Straßentrawallen ausarten. Viele Agitationen hat Sturdza als gegen ihn persönlich gerichtet aufgefaßt und hat es für angezeigt gehalten, zurückzutreten, um ihnen den Boden zu entziehen und damit weitere Beunruhigung zu verhindern. Das neue Kabinett gehört, wie es sich von selbst versteht, ebenfalls der Partei Sturdzas an, die nach wie vor über eine ansehnliche Mehrheit im Parlamente verfügt.

Ägypten.

* Englands Vertreter in Ägypten, Lord Cromer, teilte der ägyptischen Regierung mit, daß für den Fall, in welchem das Gerichtsurteil auf Rückzahlung der aus dem Referendons entnommenen, zur teilweisen Bestreitung der Kosten der Dongola-Expedition verwandten 500 000 Pfund an die Schuldenverwaltung erlasse, die Verantwortlichkeit an erster Stelle bei der ägyptischen Regierung bleibe; doch sei die englische Regierung bereit, denjenigen Betrag vorzuschicken, welchen nach der Annahme der englischen Regierung die ägyptische Regierung nicht selbst aufbringen könne. Die Bedingungen für diese Voranschickung, soweit sie den Zinsfuß und die Kapitalrückzahlung betreffen, werden später vereinbart werden.

Aus dem Reichstage.

Das Haus setzte am Donnerstag die erste Etatsberatung fort. Abg. Liebhof kam nochmals auf den Untergang des „Altis“ zu sprechen. Sodann

besprach er den Hamburger Hafenarbeiterstreik und trat mit Entschiedenheit für die Streikenden ein. Staatssekretär v. Bötticher suchte an der Hand der Lohndaten den Beweis zu führen, daß der Streik ungerechtfertigt sei. Auch Abg. Frhr. v. Stumm (freisinn.) beteiligte sich an der Debatte. Zwischen den Abg. Grafen Schwerin (kons.) und Richter (fr. Rp.) kam es zu einer Auseinandersetzung über die Berechtigung der Landwirtschaftskammern, Erhebungen über die Getreidepreismotivierungen anzustellen. Die weitere Debatte drehte sich schließlich nur um den Hafenarbeiterstreik.

Am 4. d. tritt das Haus nach Erledigung verschiedener Rechnungssachen in die erste Beratung des Freundschafts-, Handels-, Schiff-fahrts- und Konsular-Vertrages zwischen dem Reich und Nicaragua ein. Der Vertrag wird ohne wesentliche Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgen Berichte der Petitionskommission.

Petitionen betr. die Abänderung des Serbistatuts beantragt der Referent der Kommission Abg. Pauli (freisinn.) dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Richter (fr. Rp.) macht darauf aufmerksam, daß die Regierung die Verpflichtung übernommen habe, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Serbistatuts vorzulegen. Reichssekretär Graf Posadowsky bemerkt, die Regierung erkenne diese Verpflichtung an; das bezügliche Gesetz werde dem Reichstag noch in dieser Session zugehen.

Die Petitionen werden darauf, dem Kommissionsantrag entsprechend, dem Reichskanzler als Material überwiehen.

Eine Petition betr. Rückerstattung von Zoll für Ironbricks beantragt die Kommission, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Hamacher (nat.-lib.) führt in der Befürwortung dieser Petition aus, daß die einzelnen Zollbehörden in dieser Angelegenheit ganz widersprechende Entscheidungen getroffen hätten. Es handle sich hier oft um sehr wertvolle Objekte. Im Sinne des Rechtes und der Gerechtigkeit müsse immer wieder die Errichtung einer obersten Anlaufsstelle und eines Reichszollverwaltungsgerichtes gefordert werden.

Abg. Richter (fr. Rp.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Schatzsekretär Graf v. Posadowsky: Die verbündeten Regierungen haben bisher den mehrfach ausgesprochenen Wünschen des Reichstags nicht folgen können, weil gewichtige Gründe dagegen vorliegen. Bei einem Gerichtshof würde die Schwerkraft der Entscheidung immer in den Gutachten der Sachverständigen liegen, da den Richtern die praktische Kenntnis in diesen Dingen abgeht. Die Hoffnung ist auch trügerisch, daß auf diesem Wege eine Entscheidung schneller als auf jetzt herbeigeführt werden könnte. Auch staatsrechtliche Bedenken können geltend gemacht werden, denn die Reichsverfassung bestimmt ausdrücklich, daß den Einzelstaaten die Verwaltung und Erhebung der Zölle garantiert ist. Ich bin zu einer Erklärung in dieser Angelegenheit nicht autorisiert, kann aber sagen, daß keine Hoffnung vorhanden ist, daß die verbündeten Regierungen geneigt wären, von ihren verfassungsmäßigen Rechten irgend etwas preiszugeben.

Abg. Wachen (Zentr.) bemerkt, daß man durchaus nicht beabsichtige, die Rechte der Landesregierungen zu beeinträchtigen. Thatsache ist es doch, daß die Klagen nicht aufhören wollen, und daß bei den sich widersprechenden Entscheidungen der einzelnen Zollbehörden geradezu unerträgliche Zustände herrschen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß eine oberste Instanz geschaffen wird.

Schatzsekretär Graf v. Posadowsky: Man kann von einem Kaufmann, der etwas zu verzollen hat, in erster Linie doch erwarten, daß er sich die Zolltarife ansieht. Es kommen aber sehr viele Fälle vor, wo die Kaufleute sich gar nicht um den Zolltarif kümmern, sondern sich an irgend einen untergeordneten Zollbeamten wenden, der ihnen dann eine ganz falsche Auskunft gibt. Dann kommen natürlich Irrtümer vor. Der Bundesrat hat in zahlreichen Fällen, wenn er überzeugt ist, daß die Schuld eines Beamten vorliegt, den Zollbetrag einfach fallen lassen. Auf den prinzipiellen Standpunkt allerdings können sich die verbündeten Regierungen nicht stellen, daß wegen einer falschen Auskunft eines Unterbeamten deshalb auch das Reich in jedem Falle den Schaden tragen soll.

Die Petition wird nach dem Antrage der Kommission der Regierung zur Berücksichtigung überwiehen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden erledigt Petitionen betr. Rückerstattung von Zoll auf Seetals, auf eingeführtes Holz, auf Getreide. Der Regierung zur Berücksichtigung werden überwiehen Petitionen betr. Rückerstattung von Zoll für eingeführtes amerikanisches Pöfelteich, Regelung des Kellnerinnenlovens.

Als Material werden überwiehen Petitionen betr. Revision des Vogelzuggesetzes, betr. Einführung eines Zolles auf Milch, betr. Einführung eines Zolles auf Torfstein, betr. Abänderung einiger, das Lohnführwesen betreffenden Paragraphen der Gewerbeordnung.

Bei einer Petition betr. Abänderung des Strafgesetzbuches (Bekämpfung der Unsitlichkeit, Prostitution, Skrupel) bemerkt

Abg. Söfvel (freisinn.), daß die Berliner medizinische Gesellschaft unter Vorherrschaft von Prof. Virchow nach mehrmaliger Beratung beschlossen habe, daß die Wiederführung der konfessionierten Häuser weder vom moralischen, noch vom gesundheitlichen Standpunkt zu empfehlen sei. Trotz gesetzlicher Bestimmungen beständen aber in einzelnen Bundesstaaten solche Institute noch weiter, das Selbstbewußtsein des Volkes würde dadurch verletzt, denn diese Institute seien im Widerspruch mit den Gesetzen.

Abg. Spahn (Zentr.) behauptet, daß kein Regierungsvertreter bei einer so wichtigen Sache anwesend sei. Der Reichstag habe wiederholt ein Gesetz zur Bekämpfung der Unsitlichkeit verlangt, die lex Heinze sei leider nicht zum Abschluß gelangt.

Abg. Schall (kons.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. Wachen (Zentr.) bemerkt, der Gegenstand sei sehr wichtig, und deshalb beantrage er die Petition von der Tagesordnung abzusetzen, bis ein Regierungsvertreter anwesend sei.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Debatte über diese Petition jetzt abgebrochen.

Eine Petition des deutschen Vereins für internationale Friedenspropaganda beantragt die Kommission, der Regierung zur Kenntnisnahme zu überwiehen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eine Petition betr. die Aufhebung des Impfgesetzes wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Eine Petition betr. den Erlaß eines Gesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten wird der Regierung als Material überwiehen.

Hierauf wird die vorher abgebrochene Debatte über die Petition betr. Bekämpfung der Unsitlichkeit wieder eröffnet, da inzwischen Staatssekretär Niederding erschienen ist.

Abg. Frhr. v. Göttingen (freisinn.) weist auf den Widerspruch hin, der darin besteht, daß nach dem Strafgesetz die Kuppel bestraft wird, während die Polizei an manchen Orten den prostituierten Wohnungen verschafft. Andererseits werde wieder das Vermieten von Wohnungen an Prostituierte verboten.

Staatssekretär im Reichsjustizamt Niederding schildert zunächst die Geschichte der lex Heinze, die wegen Sektionsstufes seiner Zeit nicht mehr zur Verabschiedung kam. Die Reichsverwaltung hat sich hierauf mit der preuß. Regierung, deren Initiative der Gesetzentwurf seinen Ursprung verdankt, in Verbindung gesetzt und ist von der preuß. Regierung dahin verständigt worden, daß dieselbe nicht beabsichtigt, die gesetzgeberische Verfolgung der Materie aufzugeben, daß sie sich im Gegenteil vorbehalten, auf die Sache zurückzukommen, wenn die Lage der Geschäfte im Bundesrat und Reichstag das er-möglichten werden, und wenn sie selbst Gelegenheit und Zeit genommen habe, um die anderweitigen, damals von der Kommission angenommenen Vorschläge auf ihre praktische Bedeutung zu prüfen.

Die letzte Session war mit so dringenden Aufgaben belastet, daß es nicht angeht, vor einer neuen Entwurf einzubringen. Die Erwägungen sind noch nicht abgeschlossen und ich vermag deshalb noch nicht anzugeben, wann der Bundesrat sich mit der Sache befassen wird; wir haben aber nicht die Absicht, den Gegenstand ruhen zu lassen.

Abg. Spahn (Zentr.) kündigt für die nächste Zeit Anträge auf Bekämpfung der Unsitlichkeit an. Hierauf wird der Kommissionsantrag angenommen. Sodann verlegt sich das Haus.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus trat am Donnerstag in die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen ein. Sodann folgte die zweite Lesung der Konvertierungsvorlage. Dieselbe wurde mit der achtjährigen Schlußfrist angenommen. — Die Vorlage betr. die Verstaatlichung der Preussischen Ludwigsbahn wurde mit dem dazu gehörigen Nachtragsetat in zweiter Lesung unverändert genehmigt. Nächste Sitzung am 5. d.

Von Nah und Fern.

Bremen. Der hiesige Hafenarbeiterstreik ist beendet. Eine Versammlung der Ausständigen hat den von der Lagerhausgesellschaft und der Lohnkommission vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts vereinbarten Einigungs-vorschlag nach dem Bericht der Kommission einstimmig angenommen.

Schuld und Sühne.

Roman von A. R. Green.
(Schluß.)

Als ich weder Honora noch irgend ein Anzeichen ihres Todes gewahrte, wurde ich von solcher kampfhaften Verzweiflung ergriffen, daß ich einen gellenden Schrei ausstieß, der das Haus erfüllte und mehr als einen erschreckten Träger an unsere Thür brachte.

Denn Neue und Gewissensbisse arbeiteten bereits in mir, und in den lauernden Schatten um den Kamin glaubte ich den langen schmalen Spalt zu sehen, den die halbgeschlossene Thür in der Eichenstülpung bildete, die sich zwischen mir und dem heimlichen Grabe meines Opfers befand. Obgleich dies nur eine optische Täuschung war, denn die Thür war geschlossen, bin ich seitdem niemals im Stande gewesen, mich von dem Anblick dieses Hirngespinnstes mit feiner Erinnerung an Schuld und Tod zu befreien. Dieser Schattenstreifen störte meinen Frieden, untergrub mein Leben. Wenn ich nachts meine Augen schloß, so that sich die Thür vor mir auf; wenn ich mich mit Juwelen und reichen Kleidern schmückte, vor den Spiegel stellte, um mein Bild zu beschauen, so verdeckte dieser Schattenstreifen meinen Brunn, wenn ich in die Schlösser der Edelsten des Landes oder an den Hof des Königs ging, war ich stets nur ein trübes, elendes Wesen, das nichts vor Augen sah, als den schwarzen Spalt der Thür, hinter dem mit dem unschuldigen Opfer zugleich die eigene Jugend, Schönheit und Unschuld für immer verschwunden waren!

Mein Kind wurde geboren. Ach Himmel, daß ich dieses hohen Lebens hier erwähnen muß! Ich thue es mit tiefem Schmerz, thue es mit unaussprechlicher Verzweiflung, denn mit ihr, der süßen Unschuld, erwachte mein Herz und um ihretwillen ist es jetzt gebrochen, um nie wieder zu heilen. Ach, wenn die Kenntnis meines Elends einen Gedanken erweckt, der nicht von Rache spricht, so werfen Sie einen mitleidigen Blick auf dieses Kleinod meiner Seele, das ich in einem verhassten Lande ohne Freundschaft, ohne Liebe, ohne Reichthum muß!

Denn Freundschaft, Liebe und Reichthum wird mit der Entthüllung von ihr genommen werden, die der Morgen bringt, und wenn der Himmel nicht barmherzig ist mit ihrer Unschuld, wie er gerecht mit meiner Schuld gewesen ist, so wird sie keinen anderen Zufluchtsort haben, als den Abgrund, der sich jetzt vor mir aufgethan.

Mit ihrem Vater mag der Himmel abrechnen. Er gab mir dieses süße Kind, so mag ich ihm nicht fluchen, wenn ich ihn auch nicht segnen kann.

Oktober 23. 1791. — Ich habe heute etwas Schönes gesehen, und das war der schwache, fast überirdische Freudenstimm, der einen Moment unter Honoras gelassenen Lidern hervorbrach, als ich ihr sagte, was Liebe sei und daß der Marquis nur ihre Erlaubnis abwartete, um sie zu sprechen und sie seiner unwandelbaren Neigung und Treue zu versichern.

Hätte dieser Lichtstrahl nicht das düstere Drama erleuchtet, dann wäre mir die Welt dunkel vorgekommen, um in derselben zu bleiben, und

das Leben zu entsehlen, um ertragen werden zu können.

November 30. 1791. — Ich glaubte, als Honora Urquart mein Haus verließ, um in der Kirche unten am Berge dem Marquis angetraut zu werden, der Friede würde nunmehr in mein Haus eintreten.

Aber es ist kein Friede. Heute morgen vollzog sich eine neue schauerliche Tragödie auf meiner Schwelle.

Ich sah in der offenen Hausthür und wartete auf die Post, denn es dünkte mich endlich an der Zeit zu sein, daß ich ein Lebenszeichen von Herrn Tamworth erhielt. Noch fehlten indessen einige Minuten an der Zeit, zu der sich das Rollen des Wagens gewöhnlich hören ließ und ich dachte — wie es ja ganz natürlich ist — über die schrecklichen Ereignisse der letzten Wochen nach, als ich den Aufschlag von Pferden hörte. Ich sah die Landstraße hinauf und hinab und bemerkte eine kleine Gruppe von Männern, die sich von Süden her näherte. Bald konnte ich unterscheiden, daß einer der Reiter ein weißhaariger, wahrscheinlich also schon alter Mann war, und als ich endlich seine Gesichtszüge erkennen konnte, sah ich, daß es Herr Tamworth war.

Ueberrascht aufspringend, blickte ich nach den Männern, die hinter und vor ihm ritten, und bemerkte, daß der eine den Kopf gesenkt und einen auffallend düstern Gesichtsausdruck hatte. Soeben suchte ich in meinem Gedächtnis nach dem Namen des Mannes, dessen Züge mich eigentümlich bekannt dünkten, als das Pferd, das er ritt, plötzlich scheute, sich hoch aufrichtete,

und dann im Vorwärtsrasen nach der Stelle, an der ich saß, den Reiter auf die Stufen zu meinem Hause schleuderte, wo er beknüppelungslos liegen blieb. Einen Moment erlarrten seine Begleiter sowohl als ich bei diesem entsetzlichen Anblick; dann aber eilte ich unter den lauten Rufen von der Straße her und einem gellenden Aufschrei im Innern des Hauses zur Unglücksstätte. Ich hob den Kopf des Gestürzten empor und sah ihm ins Antlitz. Es war mir kein fremdes. Obgleich verändert und von tiefen Furchen durchzogen und obgleich Todesblässe es bedeckte, erkannte ich es sofort. Es war dasjenige Edwin Urquarts.

Seute mittag nahm ich das Wirtshauszeichen herunter, das zwanzig Jahre lang über meiner Thür gehangen. „Zum Willkommen“ ist ichmerlich der rechte Name für ein Gasthaus, unter dessen Dach sich solche Schreckensszenen abspielen.

Jetzt werde ich vielleicht schlafen können. März 16. 1792. — Nachricht von Honora. Der entfernte Verwandte, welcher in den Tiefsen und Rechten eines Marquis de la Roche-Guyon ihrem edelmütigen Gatten folgte, ist ein Opfer der Guillotine geworden. Wäre dies kein Schicksal gemorden, wenn er sie verlassen hätte und nach Hause zurückgekehrt wäre? Es ist mehr als genügender Grund vorhanden, bis anzunehmen. Auf jeden Fall findet sie darin einen großen Trost und eine gewisse Vergeltung für das Opfer, welches ihr Gatte ihr mit seiner Liebe gebracht. Sie bebauert nicht länger das